

# Aus der Konfliktzone zwischen Staat und Bürger

*Tübingens OB Palmer glänzte mit einer witzigen Rede beim Jahresempfang der Bürgerstiftung*

Von Birgit Sommer

Der Staat und seine Leistungen, die drückende Bürokratie – was Bürger und Wirtschaft derzeit am meisten umtreibt, dafür ist der Tübinger Oberbürgermeister tatsächlich Experte. Und so war es eine gute Idee der Bürgerstiftung Heidelberg, Boris Palmer zum Festredner ihres Jahresempfanges zu machen. Wer beim Thema „Welchen Staat wollen wir? Was darf der Bürger erwarten, was kann der Staat leisten?“ akademische, gar philosophische Überlegungen erwartet hatte, wurde enttäuscht. Palmer ist direkter. Anhand von Beispielen, wie gut gemeinte Gesetzgebung den Rathausmitarbeitern die Haare zu Berge stehen lässt und die Geldbeutel der Steuerzahler sinnlos belastet, führte er den Staat vor. Palmer ist ein glänzender Redner.

Lustig war schon, wie er den unterschiedlichen Bekanntheitsgrad von Heidelberg und Tübingen auf die Schippe nahm. Das sei gar nicht wirklich begründet: die Alte Aula in Tübingen sei viel älter, das große Weinfass dort auch schon 1549 befüllt worden – „das aber keiner anguckt“.

Dann aber ging es um die Konfliktzonen zwischen Staat und Bürger. Das Landesnichtraucherschutzgesetz etwa, bei dem ihm aktuell das Rauchverbot an Bus-

und Bahnhofstestellen ein Dorn im Auge ist – nicht im Wartehäuschen, sondern unter freiem Himmel. Mit Ordnungswidrigkeiten-Katalog. Der Bereich des Verbots messe sich an der Länge, die das nächste erwartbare Verkehrsmittel habe, in Tübingen seien das zwischen acht und 19 Meter. Das Publikum lachte. „Wie kann man als Ordnungsbehörde erkennen, ob eine Person wegen Kleinbusankunft gerade legal raucht? Das Gesetz ist nicht vollziehbar.“ Da werde es Klagen von Rauchern geben.

*„Hier wurden nutzlose  
Datenfriedhöfe betreut“*

„Man hat ja schließlich eine Rechtsschutzversicherung.“ Für eine entsprechende Beschilderung an 370 Tübinger Haltestellen würden eine halbe Million Euro fällig. „Ich bewillige dafür kein Geld“, so Palmer. „Wenn es nicht rechtssicher umsetzbar ist, machen wir es nicht.“ Dafür ist er durchaus von Strafe bedroht.

Oder: Parkplätze, die parallel zur Straße liegen, sind für die Stadt mehrwertsteuerfrei, denn sie gehören zur Straße, nicht aber die, in die man geradeaus einfährt. Und die schräg angelegten Parkplätze? Da habe sich die Ober-

finanzdirektion noch keine abschließende Meinung gebildet, hieß es. Für jeden Parkscheinautomaten sei also ein individueller Steuersatz festzulegen, weiß Palmer. Die Finanzleute sagten ihm aber, da er für Reparaturen und ähnliches Vorsteuerabzug in Anspruch nehmen könne, würde die Stadt wohl am Ende keine Steuer bezahlen. „Damit waren wir zwei Jahre beschäftigt.“

Palmer brachte das Beispiel in der ZDF-Talk-Show von Markus Lanz vor. Jetzt will sich das Finanzministerium um eine bürokratiearme Lösung bemühen. „Es kann nicht sein, dass wir die Gesetzgebung zu Markus Lanz auslagern“, meinte Palmer. Schelm, der er ist, droht er jetzt öfter mal mit dem Fernsehmoderator, wenn der Amtsschimmel wiehert.

Dabei ist Palmer nicht nur Rebell: „Bürokratie an sich ist ein Segen, sonst herrscht das Recht des Stärkeren.“ Das kommunale Regelungsbefreiungsgesetz aus Stuttgart helfe nun beim Abbau der Bürokratie. Einzelne Berichte müssten beispielsweise nicht mehr angefertigt werden, was etwa in Tübingen eine halbe Beamtenstelle freimachte. „Hier wurden nutzlose Datenfriedhöfe betreut.“

Boris Palmer verschwieg aber nicht, dass auch der Bürger Schuld hat an der Eskalation der Gesetzgebung in den letzten 25 Jahren. Schuld seien der Perfek-



Tübingens OB Boris Palmer freut sich über das kommunale Regelungsbefreiungsgesetz aus Stuttgart, das nun beim Abbau der Bürokratie helfe. Foto: Rothe

tionsgeist der Deutschen, die gewünschte Einzelfallgerechtigkeit oder: „Es gibt 1,3 Millionen Beschwerden gegen die Grundsteuerbescheide.“ Er plädierte in der Diskussion dafür, Entscheidungsfähigkeit und Verantwortung zusammenzubringen und Dinge nicht in Stein zu meißeln, wenn man feststelle, dass sie Unfug seien. Es ging ihm aber auch um Fehlerkultur, Großzügigkeit und Solidarität. Weil der Druck so groß geworden sei, gebe es jetzt die Möglichkeit, etwas zu ändern und Bürokratie abzubauen.

Für die Bürgerstiftung betonte deren Vorsitzende Switgard Feuerstein, dass die Stiftung Ort der lebendigen Auseinandersetzung für wichtige Zukunftsfragen der Stadt sein wolle. Palmers Vortrag passte damit in das Engagement. Die Stiftung förderte aber auch verschiedene Projekte wie die Bücherregale, das Bürgersingen oder die „Insel“, ein Aufenthaltsort für Kinder und Eltern in Trennungssituationen.

① Weitere Informationen zur Bürgerstiftung: [www.buergerstiftung-heidelberg.de](http://www.buergerstiftung-heidelberg.de).